

# Soale-Beitung

Dreißigste Jahrgang.

Halle, Mittwoch, den 5. Februar.

**Angeligen**  
werd. 2. Zuspalt. 33mm Bre. Reklam-  
zelle oder deren Raum mit 40 Pf.  
berechnet u. in unseren Annahme-  
stellen u. allen Anzeigenstellen  
angenommen. Reklame die 22 mm  
breit 20 Pf. Sonntag 1 mal. Sonntags-  
zeilen u. Hauptgeschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 13, Dr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:  
Marti 24 und Große Ulrichstr. 52.

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1.80 Mark, vierteljährlich  
5.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark  
zusätzlich Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlichen Zeitungserzeichnis unter  
Soale-Zeitung eingetragen. Für un-  
entgeltlich eingehengene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Soale-Zeitung“ gestattet.  
Schriftführer: Dr. H. K. 1140,  
der Anzeigen-Redaktion Nr. 1192,  
der Soale-Redaktion Nr. 1133,  
Postfach-Remis Leipzig Nr. 4609.

Nr. 59.

1919.

## Sieg der Regierungstruppen in Bremen.

Ultimatum Düsseldorf an den Vollzugsausschuss. — Das Bollwerk im Osten.

### Einmarschbefehl an die Division Gerkenberg.

Berlin, 4. Febr. Nachdem Bremen die am Sonntag mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen nicht innegehalten hat, es andererseits aber erforderlich war, die Wünsche der zuständigen Stellen zu erfüllen, ist der Division Gerkenberg der Einmarsch befohlen worden. Bis auf weiteres darf man hoffen, daß das Notwendige ohne erhebliche Opfer erreicht werden wird.

### Eroberung Bremens durch die Regierungstruppen.

Bremen, 4. Februar. Wie Botsomanns Bureau mitteilt, gegen 6 Uhr abends Regierungstruppen nach ihrem Kampfe in Bremen ein, besetzen Markt, Rathaus, Börse. Arbeiter zogen sich nach Gröpelanlagen zurück.

### Einzelheiten über den Kampf in Bremen.

Bremen, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorkämpfer in der Vorstadt und im Norden der Stadt an Umfang zu. Es kam zeitweilig zu heftigen Kämpfen, in denen laut Mitteilung der Stadtkommandatur auf Seiten der Division 12 Tote und auf Seiten der Bremer 7 Tote gezählt wurden. Die Zahl der Verwundeten ist auf jeder Seite etwa 40 betragen. Seit heute früh habe der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik etc. Die Arbeiterschaft verhielt sich mit Hartnäckigkeit. Starke Geschüßregen und lebhaftes Maschinengewehrfener rollte durch die Stadt. Die Straßen und Plätze um das Rathaus herum sind abseziert, wodurch auch der Straßenbahnverkehr unterbrochen ist. In der übrigen Stadt läuft der Verkehr relativ gut bis auf die Zugangstrassen zur Stadt, wo die bewaffnete Arbeiterschaft sich den Regierungstruppen entgegenstellte. Im Neuen Markte ist das Rote Kreuz untergebracht. Mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Domes, der Börse und des Rathauses ein. Das Neue Rathaus erhielt Vorkämpfer durch das Dach, obwohl der Nordhof des Domes in halber Höhe. Eine Granate fiel in unmittelbarer Nähe der Börse nieder und zerstörte sämtliche in der Nähe stehende Fensterbänke. Auch die Arbeitsräume des Börsenamtlichen Telegrammbüros wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Gegen 2 Uhr stand das Bombardement ab. Während dieser Zeit sah man die ersten Verwundeten in das Rathaus bringen. Eine weitere Anzahl Schwerverwundeter soll, wie berichtet wird, im Rathaus liegen. Weiter die weiteren zwischenlos beträchtlichen Opfer ist im Augenblicke nichts Näheres zu erfahren. Gegen 3 1/2 Uhr herrschte Ruhe. Wie wir weiter hören, hat die Arbeiterpartei in den ersten Nachmittagsstunden den Kampf als ausgedehnt aufzugeben und den Rückzug in der Richtung nach Gröpelanlagen angetreten. Einzelne Trupps verweigerten sich noch todesmüde im Innern der Stadt und an den Brückenübergängen, Verhandlungen wurden angesetzt. Um 4 Uhr setzte das Bombardement wieder ein in aller Stärke. Die Arbeiter dachten die Überbrückung über die Weser.

### Die Bremer Mehrheitssozialisten für den Einmarsch der Regierungstruppen.

Berlin, 4. Febr. Die Bremer Regierung hat den von der Reichsregierung gemachten Vorschlag abgelehnt und mit einem Gegenorschlag beantwortet, der mit den Wiedereisforderungen der Reichsregierung absolut unvereinbar ist. Charakteristisch ist, daß die Mehrheitssozialisten, die von dem tiefen Frieden wollen einen Vermittlungsversuch zwischen den Bremer Revolutionen und der Division Gerkenberg machen, infolge der Unmöglichkeit und Selbstverständlichkeit der Revolution am Montag beim Siege der Division Gerkenberg erklärten, daß sie den Einmarsch für unbedingt notwendig halten.

### Aus Weimar.

Weimar, 4. Febr. Seit gestern abend macht sich eine vermehrte Unruhe der parlamentarischen Seite Weimars bemerkbar. Namentlich sind föderale Abgeordnete bereits in größerer Anzahl erschienen, darunter der frühere Reichstagspräsident Schenkel. Die Vorbereitungen im Theater, das in erstaunlich kurzer Zeit in einen besagten Sitzungssaal umgewandelt worden ist, sind weit vorgeschritten, wenn auch noch nicht vollendet. Der Einzug der zum Siege der Nationalversammlung bestimmten Truppen vollzog sich bereits am Freitag. Jede für die Bevölkerung wichtige Maßnahme ist vermieden worden. Auch die Unterbringung der Gäste vollzieht sich ohne wesentliche Schwierigkeiten. Der Zu-

strom der Pressevertreter, auch der ausländischen, ist außerordentlich. Geheimtätigkeiten trotz aller Vorkehrungen, um ihnen eine fruchtbarere Tätigkeit im Interesse der Presse und der Nationalversammlung zu ermöglichen. Berlin, 4. Februar. In Weimar ist alles ruhig. Alle anderen Nachrichten sind erloschen. Die Vorbereitungen zur Nationalversammlung nehmen ihren sachgemäßen Fortgang.

### Flugpost nach Weimar.

Berlin, 4. Febr. Die Reichspostverwaltung hat verschwiegen die Möglichkeit geschaffen, während der Tagung der Nationalversammlung zwischen Berlin und Weimar gewöhnliche Briefe und Zeitungen durch die Flugpost zu befördern. Der Flugpostverkehr erfolgt täglich zweimal von Berlin und Weimar.

### Gothaer Truppen nach Weimar unterwegs.

Berlin, 4. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie berichtet wird, ist ein großes Aufgebot der Gothaer unter dem Einfluß der Unabhängigen liegenden Militärs nach Weimar abgegangen. Ueber die Ereignisse in Gotha selbst während des heutigen Tages waren keine zuverlässigen Nachrichten zu erhalten. Das Telegraph und Telefon vom Gothaer und S.Mat. Besatz bzw. Jahrs bewacht werden.

### Faktionsstellung der Mehrheitssozialisten in Weimar.

Weimar, 4. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Mehrheitssozialisten traten heute Vormittag zu ihrer Fraktionsversammlung zusammen. Der große Saal des Volkshauses war dicht gefüllt. Ebert eröffnete die Sitzung. Scheidemann war zu Beginn nicht erschienen. Die Rednerungen waren streng vertraulich. Da die große Anzahl der Anwesenden es fraglich machte, ob sie als Abgeordnete legitimiert wären, so erging dem Vorsitzenden die Aufforderung, daß nicht legitimierte den Saal zu verlassen hätten, worauf sich eine Anzahl entzogen. Sodann wurde dem Berichterstatter das Wort erteilt. Alle schwedischen Fragen, insbesondere Kolonialpolitik, Finanzen und Volkserziehung wurden erörtert. Erwähnt wurde auch, daß Verhandlungen mit den Demokraten und dem Zentrum schwächen, die sich auf Abgabe des Reichsbudgets beziehen. Es wurde vorgeschlagen, daß die Zahl der Staatssekretäre einschließlich derjenigen ohne Vorkaufverträge auf 14 festzusetzen sei.

### Die Regierung in Weimar.

Erste Kabinettsitzung im Schloß. Die Ankunft der Regierung in Weimar vollzog sich Montag mit sehr namhafter Pünktlichkeit. Mit den Mitgliedern des Kabinetts waren die Staatssekretäre Dr. Frensch, Bauer und Heine sowie Unterstaatssekretär Dr. David erschienen. Von Abgeordneten sah man den preussischen Handelsminister Fischeck, Kulturstadtssekretär, Staatssekretär A. D. Fernburg, Staatssekretär S. I. G. P. J. G. und Senator Dr. P. J. J. Die Reihe hatte sich ohne jenen Zwischenfall vollzogen. Auch in dem „unabhängigen“ Saale, wo der Zug längere Zeit hielt, blieben die Staatsretenden unbeschäftigt und unbeachtet. Die Reichsregierung mit ihrem Personal ist im Schloß untergebracht. Bereits am fünf Uhr nachmittags fand eine Sitzung des Kabinetts statt, in der Gesetzesvorlagen des Reichstages abgelesen und erledigt wurden.

In den Kreisen der Regierung hält man unbedingt an der Auflösung fest, daß mit dem Zusammenretren der Nationalversammlung ist und an der ersten Sitzung ist, und daß es Sache der Nationalversammlung ist, eine neue Regierung zu bilden. Die Auflösung, daß möglichst bald ein tragfähiger Blod geschlossen werden muß, scheint zu überwiegen. Sowohl in der Frage der Verfassung wie auch bei der Lösung der Forderungen aufgeben treten Parteieninteressen zurück und es liegt sich ein jachiges Zusammenarbeiten der drei großen Parteien, die im alten Reichstag die Regierungsmehrheit bildeten, — Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum — auch unter den veränderten Verhältnissen denken.

### Erzbergers Abreise nach Weimar.

WTB. Berlin, 4. Februar. Staatssekretär Erzberger ist heute früh nach Weimar abgereist. Er führt noch neben der Ausübung seines Abgeordnetenmandates die Geschäfte des Vorsitzenden der deutschen Reichstagskommission weiter. In Berlin wird er vertreten durch Kaplan u. S. Banolow. Die Leitung des Bureau der Reichstagskommission führt Ministerdirektor von Erhausen. Die Anknüpfung der Reichstagskommission und der Reichstagskommission erfolgt während der Abwesenheit des Staatssekretärs Erzberger nach wie vor nur von Berlin aus.

### Das Gericht über Spartakus.

Von einem Sonderberichterstatter.

Berlin, den 4. Februar 1919.

Die Spartakusprozesse, die am gestrigen Montag im Moabiter Kriminalgericht begannen, werden voraussichtlich die ganze Woche über dauern. Man muß es den Behörden lassen, sie haben im Gegensatz vom sonstigen Tempo der Justizmaschine diesmal mit Schneidgeschwindigkeit gearbeitet. Die Staatsanwaltschaft hat ein „Zentralbureau für Spartakusangelegenheiten“ eingerichtet. Dieses Zentralbureau prüfte die einzelnen Fälle, erteilte die Sprederlaubnis für Angehörige, vermittelte Verteidiger und verurteilte Haftentlassungen. Von den Verhafteten wurde eine ziemlich große Anzahl auf freien Fuß gesetzt, teils weil sich der Tatverdacht nicht aufrechterhalten ließ, teils auch, weil keine Verurteilungsfähigkeit oder Pflichtverpflichtung vorliegt. Insbesondere sind jene Verhafteten freigelassen worden, die festgenommen waren, weil sie durch Rufe: „Hoch Liebknecht!“ Aufmärsche und größere Zusammenrottungen verursacht hatten. Die erhobenen Anklagen gegen die Spartakisten lauten auf Vergehen oder Verbrechen gegen den § 110 (Besondere Ausübung der Ungehorsamkeit gegen die Geheime), gegen die §§ 115, 116 (Auffruch und Aufruf zum Rädelsführung), gegen den § 125 (Landfriedensbruch) usw. In einigen Fällen, in denen Spartakusbundmitglieder mit der Waffe in der Hand oder noch stehende Verhaftet worden sind, sind Anklagen wegen Verletzung des Bundes erhoben worden. Die gerichtlichen Feststellungen haben übrigens die auch in Arbeiterkreisen viel verbreitete Anschauung bestätigt, daß es sich bei den eigentlichen Aufführern um vielfach vorbereitete Personen handelte. So ist u. a. ein in Aufhäuser- und Buchmardreien sehr bekannt angeführter Zigarenhändler G., der bei der Verteilung des „Bermärts“ Gedächtnis einer Anführerrolle spielte und dort auch verhaftet worden war, insgesamt mit 12 Jahren Zuchthaus bestraft. Der erste Angeklagte, der dem Gericht vorgeführt wurde, ist ein 17jähriges Mädchen, ein Schüler, der am Tage der Revolution seiner Unfall entließ, noch nie Soldat war, mit keiner Waffe umgehen konnte, nun föhlich ein Gewehr und Patronen erhielt und damit auf harmlose Straßenspassanten losfegte.

Jhr blaues Wunder wird die Öffentlichkeit aber auch bei den ernsthaften Figuren erleben. So bei dem Fall Drach, dem sozialistischen Kommandanten bei Mosse. Drach, der Sohn des verstorbenen Münchner Schauspielers und Theaterdirektors Drach, gab sich vor einigen Jahren in Genf als auserkörter Sozialist vor fast anarchoistischer Prägung. Als föhlich gewann er das Vertrauen seiner Genossen, wodurch ihm Gelegenheit gegeben wurde, sich an der Parteiliste zu vergreifen. Dieser Drach ist also in jeder Beziehung ein würdiges Gegenstück zum „Korwdreis“-Kommandanten Ostermann. Bei den meisten der gewöhnlichen Spartakusbolshaten wird sich ein sehr trübes Bild der Beweggründe ergeben, die den einzelnen veranlaßt hatten, sich in den Dienst der regierungswidrigen Partei zu stellen. Die Mehrzahl von ihnen gibt an, durch die Zuficherung des hohen Lohnes von 15 Mark durch Liebnecht und seine Helfershelfer sich zur Anwerbung verführt haben zu lassen, wobei es ihnen im Grunde der Seele völlig gleichgültig gewesen sei, für welche Fahne sie schworen; einige wenige Anarchoisten berufen sich auf ihr angebliches Recht, ihrer politischen Überzeugung mit allen Mitteln, also auch mit den Waffen Nachdruck zu verleihen. Fein einigen Pflünderern, in deren Taschen man händerstreckend gefunden hat, wird die öffentliche Meinung vielleicht behaupten, daß nicht militärische Standgerichte abzurteilen haben. Es läge wohl im Sinne weiter Kreise des Publikums, das eine Woche lang unter dem Terror der Gerichte mit ihrer schnellen Rede sprechen die Straße den Behörden hätte auf dem Fuße folgen lassen. Aber die Anwendung der Standgerichte bei derartigen Massenverurteilungen hat — wie föhlerseitig auch die Verhandlungen aus Anlaß der Streikverurteilung Anfang 1918 gezeigt haben — den Uebelstand, daß Art und Umfang der dem einzelnen Uebelthäter zur Last fallenden Anschuldigungen nicht dadurch, was vorausgegangen Ermittlungsvorgänge genügend geklärt werden können, so daß viele von ihnen blöffer zugekommen, als sie es verdienen. Deshalb sind die Auführer den ordentlichen bürgerlichen Behörden übergeben worden, die den Auftrag haben, in diesem Falle ebenso schnell wie gründlich vorzugehen. Mit der Schnelligkeit, mit der jetzt die Beurteilung der Spartakisten erfolgt, liegt es bei



schlossen, ein Telegramm an die Friedenskonferenz in Paris zu senden, in dem das Sterbende eine Zustimmung zum Gedanken eines Völkerbundes erklärt, der, um künftigen Kriegen vorzubeugen, auf den Grundrissen des Rechtes, der Freiheit und des Friedens aufgebaut sein und alle zivilisierten Nationen umfassen soll. Der Völkerbund werde vom vornehmsten Wolfe als einer der größten Fortschritte in der Geschichte der Menschheit begrüßt.

### Verammlung der Handelskammern des besetzten Gebietes.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Im Laufe der letzten Handlung hat am Montag eine Verammlung der Handelskammern des besetzten Gebietes stattgefunden. Die sich mit der Frage der Erziehung einer Rheinisch-westfälischen Republik beschäftigte. Es wurde der Wunsch geäußert, zunächst eine Kundgebung zu erlassen ähnlich der, die am vergangenen Samstag im Berliner Rathaus erschienen worden war und Einspruch zu erheben gegen eine gewaltsame Restitutions- und deutschen Besitzverteilung durch ein Gericht. Die Verammlung forderte ferner, daß über das Schicksal der Grenzgebiete nur die Nationalversammlung zu entscheiden habe und verlangt mit allem Nachdruck, daß die Handelskammern als die berechtigten Vertreter des wirtschaftlichen Lebens bei der Entscheidung dieser Frage gehört werden.

### Deutschland im Völkerbund.

Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtnachrichten.) „Das Telegramm“ meldet: „Mit der Erklärung in einer Verammlung der liberalen Partei, daß die englisch-liberale Partei nach der erfolgten Unterwerfung Deutschlands die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne demütigenden Vorschlag wünsche.“

### Verhandlungen im Reichstag des Innern.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Im Reichstag des Innern fanden gestern Verhandlungen über den Verfassungsentwurf statt. Man rechnet damit, daß diese Verhandlungen heute zu Ende geführt werden.

### Straßenbahnstreik in Dortmund.

Dortmund, 4. Febr. Das Fahrzeugpersonal der Dortmunder Straßenbahn befindet sich im Auslande. Der Verkehr ruht seit heute morgen.

### Deutsches Reich.

#### Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Über die schon angekündigten Erhöhungen der Personalfahrpreise auf den Eisenbahnen wird jetzt folgendes mitgeteilt: Vom 1. April ab werden die Personalfahrpreise der 1. bis 4. Klasse um 10, 40, 80 und 25 Prozent erhöht. Die Erhöhung umgekehrt fällt bei Schnellzügen fort. Da sich werden neben dem Personalfahrpreis Zuschläge bis 75 Kilometer von 2 bzw. 1 M., bis 150 Kilometer von 4 bzw. 2 M., über 150 Kilometer von 6 bzw. 3 M. erhoben. Für den Nachtverkehr wird ein Mindesfahrpreis von 17 M. für die erste, 10 M. für die zweite und 5 M. für die dritte Klasse festgesetzt. Eine Erhöhung der Fahrpreise für Arbeiter- und Schülerfahrkarten findet nicht statt. Militärpersonen geben vorausichtlich außer dem seit April 1918 eingeführten schenkrückigen Zuschlag einen weiteren Zuschlag von 20 Prozent. Zusammengefaßt beträgt die Erhöhung für den ersten nicht mehr. Der Hunde- und Expresspreis wird um 20 Prozent erhöht. Bei Getränk und Expressticket entfällt der doppelte Nachtzuschlag; dagegen werden 50 Prozent Zuschlag erhoben. Die Bejagung der Eingekläufe auf 50 Kilogramm fällt fort.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 5. Februar 1919.

#### Soldatenratsung

am 4. Februar 1919.

Der Sitzungsbuch der Kam. W. II. teilte zunächst mit, daß Kamerad Schwarg sein Bedenken geäußert hat über die nicht zurückzuführen. Kam. W. II. hat als Vertreter des Soldatenrates einer Konferenz in Hagen i. W. am Sonntag d. 3. Februar teilgenommen. Er hat sich nicht wieder eingestellt. Für den ausgedehnten Vorlesungs- und Kursunterricht wurde Kam. Schobel mit 81 Stimmen gewählt. Kam. Wolf berichtete über die Tagung der Soldatenräte des 4. A. K. in Magdeburg, in der die Verordnungen der Regierung über die Kommunalverwaltung zur Verhandlung lagen. Der Ausgang dieser Verhandlungen ist bereits bekannt. Seit haben berichtet. — Kam. Meißner berichtete über die Verhandlungen der Kam. W. II. über die Mitteilungen, daß sie bei der Grenzlinie im Osten sich meldender Parteien nicht den „wilden“ Korps, sondern einer Sauerhilfe im Osten zugeführt werden sollen. — Kam. Schmidt führte aus, daß das einseitige Verhalten der Verhandlungen in Magdeburg die Erweiterung der Kräfte zwischen der Regierung und dem 4. A. K. sehr schwer machen. Weiter wies er dem Kam. Meißner vor, daß er ohne Zutritt der Soldatenräte des Soldatenrates auf die Soldaten in einer Verammlung von Soldaten einzutreten versucht habe. Kam. Wolf bemerkte gegen Kam. Schmidt, daß auf der Tagung in Magdeburg als Politische beschlossen worden ist, die Richtlinien für die künftige Stellung der Soldatenräte auszuarbeiten. — Kam. Glüh bemerkte, er halte es nicht für richtig, daß jeder ohne Zustimmung des Soldatenrates eine Verammlung von Soldaten einberufen. — Ein anderer Redner führte aus, daß der Einberufer der Soldatenverammlung ein hilfloser Soldat, der bereits entlassen war, also ein Zivilist war. Das ging nicht an. Kam. W. II. machte dem Kam. Schmidt ein er gestimmtes Ansuchen der Verammlung des Vorworts, daß er die Offiziersgeschäfte nach nicht abgelast habe. Ferner bemerkte er, daß nach Berlin nicht Offiziere, sondern Landsturmeute gehören. Der Vorleser, daß keine Munition mehr angefordert werden soll, weshalb nicht einmal, weil noch genug Munitionsvorräte für den Grenzdienst vorhanden wären, zum anderen mit Rücksicht auf die Offiziere. — Kam. W. II. führte die Einberufung der Soldatenverammlung auf ein Mißtrauen gegen den Soldatenrat zurück, obwohl dieser ebenfalls sich gegen die Verordnung der Regierung ausgesprochen hatte. Es müsse um die Möglichkeit müssen praktisch gearbeitet werden. Die Vertrauensverluste müßten bei ihren Überwinden am Vertrauen für den Soldatenrat werden. — Kam. W. II. hat sich für die Einberufung hier aufzuweisen. Er ist nicht hinreichend, hätten nicht die große Mehrheit hinter sich. Wer im G. R. das Vertrauen seiner Kameraden nicht mehr haben sollte, solle sein Amt niederlegen. Es wären nur wenige an der Spitze der Reste, die diese Anzude herbeiführen. (Schloß der Sitzung.)

Kam. W. II. hat eine Berichtigung über die Arbeit der Sicherungskommission, die sich auf Kommunalangelegenheiten, Soldatenräte, Stützungsfragen u. dergl. bezieht.

Berichte Kam. W. II. — Kam. Groß führte im Anschluß daran aus, es sei notwendig, mel die Proklamator zu machen. Er hat bei der Arbeit des Soldatenrates zu machen. Die wunden Streiks müßten aufhören. Erst müßten die Lebensmittelpreise billiger werden, dann müßten auch die Löhne sinken. Biele wollen nur streiken, aber nicht arbeiten. (Zurück zum Schluß des Vortrages.)

Kam. W. II. bemerkte, daß es vor allem notwendig sei, die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen.

Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen. Die Kasse für den Soldatenrat zu beschaffen.

### Einstellungsprogramm für Schwerbeschädigte.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat am 19. Januar d. Js. eine Verordnung erlassen, wonach alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureauen und Verwaltungsbetriebe sind, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter, ohne Unterschied des Geschlechtes, mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Für die Beschäftigung tritt an die Stelle der Zahl 100 die Zahl 30. Alle Schwerbeschädigten werden angesichts der dementsprechenden Dienstbeschäftigten, die eine Militärdienstzeit von 50 Prozent oder mehr besitzen.

Die beste Gelegenheit zur Auswahl geeigneter Schwerbeschädigter bietet die vom Arbeitsamt ersorbene Sachgen-Anbahnung zu Fragebogen herausgegeben. Stellenliste für Kriegsbeschädigte, in der jetzt 5 Kategorien der Beschäftigten angegeben sind: für die Provinz Sachsen und Anhalt konzentriert in Genuß gesondert Stellen als Stellensuchende werden kostenlos aufgenommen; Beschlüssen auf die Liste nimmt jede Arbeitsstelle entgegen.

Zum Kohlenmangel in Halle. Vorträge an den Arbeiterrat über die Möglichkeit von Kohlen sind vollständig ausgedient, da durch den Mangel an Arbeitskräften für die Bergwerke einerseits und durch die Differenzen zwischen den Grubeleitern und den Bergarbeitern andererseits die Kohlenzufuhr nach der Stadt Halle eine denart schädliche ist, daß argenteillische viele Familien ohne Kohlen zu leben zu veranlassen. Auch der nie ruhende Streik über das Bergarbeiter-beschäftigten Differenzen werden sich Kohlen in größeren Mengen nach der Stadt Halle getraut werden und wird abgesehen eine gerechte Verteilung möglich sein. Augenblicklich kann der Arbeiterrat Kohlen in seinem Jakt vermitteln. Arbeiterat zu Halle. Für den Vollversammlung: O. Schmidt.

„Wiederum“, Verein für Bauarbeiten und Terrassenbau. C. D. Der Verein hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen und bietet alle Bauarbeiten, die sich im Bereich der Stadt Halle befinden, sowie Tiers- und Pflanzenzucht oder die vor abendlichen Formen loischen Familien der Arbeiter und Lurde interessieren. Gelegenheit zur Ausprache, Belehrung und neuer Anregung auf dem Gebiete der Bauarbeiten und Terrassenbauvereine. nächste Sitzung Freitag, den 7. Februar, abends 7½ Uhr im Bauers Restaurant, Rathausstraße 3. Gänge stets willkommen.

### Provinzial-Nachrichten.

#### 30 Millionen-Anleihe.

Halle, 4. Februar. (Magdeburger Anleihe.) Die „Magdeburger Jtg.“ schreibt: Magdeburgs Kriegsausgaben bis Ende Dezember 1918 belaufen sich auf rund 52,6 Millionen Mark, wovon die Stadt 26,6 Millionen Mark tragen muß, während nach dem früheren Vorschlag der Rest vom Reich oder Staat erstattet zu werden müßte. Zur Bestreitung der hohen Ausgaben hat sich die Stadt zunächst mit der Aufnahme einer geschuldeten Schuld von rund 28,2 Millionen Mark und durch Ausgabe von rund 22 Millionen Mark Magdeburg, deren Gültigkeit ebenfalls zur Deckung der Ausgaben herangezogen werden muß. Der Rest der Ausgaben ist durch Finanzhilfe der Reichsregierung zu decken, aus der die Stadt zum mindesten die Hälfte der Ausgaben zu entnehmen muß. Die Stadt muß nun einen großen Teil der geschuldeten Schulden in feste umwandeln, sich für diesen zu sichern, daß ihr zu irgend einem Termin kurzfristige Darlehen in lo hohen Zahlungen gelöst werden können. Die Befreiung der Gemeindefinanzverwaltung macht. Zu dem bereits auf zehn Jahre aufgenommenen Darlehen von 4 Millionen Mark folgen weitere 3 Millionen Mark auf 10 Jahre fest zu 5 Prozent bei der Reichsbank Girozentrale in Mannheim und außerdem weitere 6 Millionen Mark beim Bankhaus B. J. Baer & Co. in Halle, die zu 5 Prozent auf 10 Jahre fest übernommen, daneben aber im Betrag bis zu 30 Millionen Mark eine neue Obligationen-Anleihe zu 4½ Prozent aufnehmen werden, wozu deren Hebungnahme mit mehreren Anleihen zu ergiebigen Resultat müßte. Es ist daher für die geschuldeten Schulden in der Stadt Verwendung zu finden haben.

Im die gegenwärtig günstige Konjunktur zu nützen, sollen zunächst Regenerationsmittel und Versicherungen erstreckt werden, zu genehmigen, daß auf eine Laufzeit bis zu 1 Jahr befristete Handzins in Höhe bis zu 30 Millionen Mark an die einzelnen Mitglieder der Finanzverwaltung von der Stadt begeben werden, verbunden mit 5 Prozent, die die Verpflichtung der Stadt enthalten, von der demnach zu 4½ Prozent zu begebenden Anleihe der Stadt den in geschuldeten Betrag an den in dem Handzins Benutzten zu bestimmen Kette abzugeben.

# Sonnabend, 4. Februar. (Gegen den Vorschlag der deutschen Reichsregierung.) In einer Militärratsverammlung des besetzten Gebietes wurde ein Antrag auf einen Referat des Vorlesers, Oberleutnant Ernst Gieseler, Kammerprokurator, gegen die Soldatenratsverammlung, die neuerdings in nationaler amerikanischer Zeitungen gegen die deutsche Reichsregierung eine Erklärung abgegeben hat, veröffentlicht. Der Rat der Reichsregierung hat die Erklärung nicht veröffentlicht, sondern unpubliziert gelassen; es hätte die deutsche Soldatenratsverammlung die Erklärung veröffentlicht.

in Belgien und Nordfrankreich ungenügendes Gewehr Land in der Hand. Unter klarer Zurückweisung dieser Behauptung wird auf die Verleumdungen verwiesen, die auf Grund dieser Behauptungen veröffentlicht wurden, eine wichtige deutsche Friedensinitiative zu vernichten. Der Verein erhebt nachdrücklich Einspruch gegen solche völkerrassistische Maßnahmen, die in jüdischem Übermaß zu dem Programm des Präsidenten Wilson und zu jeder demokratischen Lebensaufbauung stehen, die nur geeignet sind, den Kampf der Völker auf völkerrassistischem Gebiet fortzusetzen und den Geh der einzelnen Völker gegenüber einander zu vermindern.

Waltershausen, 4. Februar. (Zur Mitsprache bei der Verammlung des Bürgermeisters.) In Göden der vom beliebigen Arbeiterrat vertugten Amtsenthebung des Bürgermeisters Dr. Reichelt hat eine Verammlung beim Staatsminister in Göden in Anwesenheit beider Parteien stattgefunden. Es wurde eine gleiche Erklärung getroffen, indem Bürgermeister Dr. Reichelt folgende Erklärung abgab: „Ich erkläre, daß mir sehr viel daran gelegen ist, im Einklang mit dem Arbeiterrat in Waltershausen vom Seiten der Stadt tätig zu sein. Sollten sich zwischen dem Arbeiterrat oder dem Vollversammlungserweise und mir ein Meinungsverschiedenheit ergeben, so fühere ich, in die Meinungsverschiedenheiten einmütig mit dem anderen Teil zu erörtern und erst, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, die Sache über das Staatsministerium dem Rat der Volksbeauftragten zur Entscheidung vorzulegen.“ Fortgesetzte Erklärung wurde von den Mitgliedern des Arbeiterrats als auch für die bindend anerkannt.

### Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

#### Fußballpost.

Das Spiel Borussia—Sportfreunde endete 3:6, nicht wie vor letztmaliger Begegnung 6:3.

Der Stand der Tabelle ändert sich dadurch wie folgt:

Platz	Beleg	Punkte	Spiele	Verloren	Unentschieden	Siege	Tore
1	Borussia	16	30	12	3	15	40:12
2	Halle	13	32	13	3	16	32:22
3	Sportfreunde	13	32	13	3	16	28:22
4	Borussia	10	4	2	4	10	28:27
5	Sportfreunde	11	4	1	6	9	17:26
6	Halle	10	8	7	1	6	17:26
7	B. i. S.	10	1	8	1	6	19:26

### Vermischtes.

#### Große Betrügereien.

München, 4. Febr. Der Kaufmann Hans Schulz, Sohn eines Bergwerksdirektors aus Cadix, der im Staatsministerium des Reichs als Schreiber tätig war, hat 8000 Mark in fremde Länder verschleudert. Der Betrüger wurde im März bereits in München gefasst. Der Betrüger wurde im März bereits in München gefasst. Der Betrüger wurde im März bereits in München gefasst.

Ein Wunsch der Berliner Gelbbrüder. Um gegen Uebel zu tun, wünschenswert zu sein, wünschenswert zu sein, wünschenswert zu sein, wünschenswert zu sein.

Zweiwöchiger Wollwettbewerb. Auf Veranstaltung der ukrainischen Regierung fand die Berliner Kriminalpolizei nach einem ukrainischen Diktator namens Dieder, der aus der Anteil Reichsministerium 225.000 Mark gestohlen hat, wurde festgenommen. Auf der Wollwettbewerb wurde im März bereits in München gefasst.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Berliner Börse

vom 4. Februar 1919.

(Telegramm.)		Wert	Stück
Eisenbahn-Aktien:	Döring & Lehmann	8050	
	Dürkoppwerke	28600	
	Elsesser Fabrik	28700	
	Fellen & Gullausme	18928	
	Gasmotoren Deutz	12178	
	Goldhard & Co	19200	
	Gr. Bergwerk	12900	
	Glauziger-Zuckerfabk.	21800	
	Halleische Maschlnk.	—	
	Hann. Masch.	32900	
	Harpener Berg	28500	
	Hasper Eisen	14500	
	Hirsch Künfer	18050	
	Hochster Farbwr.	26150	
	Homb. Bergwerk	14900	
	Hansa-Deptschschiff.	16600	
	Nordl. Lloyd	9600	
	Halsche	18100	
Schiffahrts-Aktien:	Hann. Masch.	32900	
	Harpener Berg	28500	
	Hasper Eisen	14500	
	Hirsch Künfer	18050	
	Hochster Farbwr.	26150	
	Homb. Bergwerk	14900	
	Hansa-Deptschschiff.	16600	
	Nordl. Lloyd	9600	
	Halsche	18100	
Bank-Aktien:	Bank f. Thür.	15700	
	Commerz-Diskontobank	12626	
	Darmstädter Bank	11950	
	Deutscher Lan-desbank	—	
	Deutsche Bank	21400	
	Diskontobank	16684	
	Genossenschaftsbank	24750	
	Leipzig Credit-Anst.	15000	
	Mittel. Kreditbank	12250	
	Nationalbank	—	
	Oesterr. Credit-Anst.	—	
	Reichsbank	13100	
	Döring & Lehmann	8050	
	Dürkoppwerke	28600	
	Elsesser Fabrik	28700	
	Fellen & Gullausme	18928	
	Gasmotoren Deutz	12178	
	Goldhard & Co	19200	
	Gr. Bergwerk	12900	
	Glauziger-Zuckerfabk.	21800	
	Halleische Maschlnk.	—	
	Hann. Masch.	32900	
	Harpener Berg	28500	
	Hasper Eisen	14500	
	Hirsch Künfer	18050	
	Hochster Farbwr.	26150	
	Homb. Bergwerk	14900	
	Hansa-Deptschschiff.	16600	
	Nordl. Lloyd	9600	
	Halsche	18100	
Indus rie-Aktion:	Schultheiss-Brauerei	24400	
	Akt. f. Anilin	24200	
	Allgem. Elektr. Ges.	179,84	
	Amminerdorfer Papierfabk.	—	
	Anhol er Kohlenw.	17800	
	Annaberger Steingut	79,50	
	Badische Anilin	30000	
	Beigmann Elek. Akt.	14900	
	Berk. Masch.-Bau	22113	
	Bismarck-Industrie	228,28	
	Bocumer Cufstahl	16600	
	Chem-Fabr. Bueckow	12000	
	Chem. Grisehm	200,50	
	Chem. Heiden	28900	
	Consolidation Schalk	22900	
	Grillwitzer-Papierfabk.	207,78	
	Hainberger Maschinen	229,00	
	Deutsche Lignit-Industrie	188,00	
	Deutsche Uebersee	—	
	Elektr.	189,00	
	Elektr. Licht-Industrie	807,00	
	Deutsche Gasfabk.	177,50	
	Deutsche Wäfen u. Maschinen	187,28	
	Demosegen	247,00	
	Döring & Lehmann	8050	
	Dürkoppwerke	28600	
	Elsesser Fabrik	28700	
	Fellen & Gullausme	18928	
	Gasmotoren Deutz	12178	
	Goldhard & Co	19200	
	Gr. Bergwerk	12900	
	Glauziger-Zuckerfabk.	21800	
	Halleische Maschlnk.	—	
	Hann. Masch.	32900	
	Harpener Berg	28500	
	Hasper Eisen	14500	
	Hirsch Künfer	18050	
	Hochster Farbwr.	26150	
	Homb. Bergwerk	14900	
	Hansa-Deptschschiff.	16600	
	Nordl. Lloyd	9600	
	Halsche	18100	
	Döring & Lehmann	8050	
	Dürkoppwerke	28600	
	Elsesser Fabrik	28700	
	Fellen & Gullausme	18928	
	Gasmotoren Deutz	12178	
	Goldhard & Co	19200	
	Gr. Bergwerk	12900	
	Glauziger-Zuckerfabk.	21800	
	Halleische Maschlnk.	—	
	Hann. Masch.	32900	
	Harpener Berg	28500	
	Hasper Eisen	14500	
	Hirsch Künfer	18050	
	Hochster Farbwr.	26150	
	Homb. Bergwerk	14900	
	Hansa-Deptschschiff.	16600	
	Nordl. Lloyd	9600	
	Halsche	18100	

